

Erscheint täglich
mittwochs mit Ausnahme der
Sonntage und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 S., 1/2jährlich 1.50 M.
vierteljährlich 1.00 M., 1/3jährlich 1.00 M.
die Post bezogen 1.65 M.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezugsbar, kostet
monatlich 10 S., 1/2jährlich 30 S.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Beit,
Wittenberg-Schweinf., Jorgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geißstraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Nr. 68

Halle a. S., Dienstag den 21. März 1899.

10. Jahrg.

Deutsche Sklavinnen.

Bei Beratung des Kolonialrats nahm Genosse Vebel Gelegenheit, sich mit berechtigter Schärfe gegen das staatlich konzessionierte Geveeruppelungs-Bureau zu wenden, welches die Verbringung deutscher Mädchen nach Deutsch-Südwestafrika befragt. Die Vorträge, auf Grund deren die Mädchen nach dieser Kolonie engagiert werden, sind wahre Sklaverei-Verträge. Es wird den Mädchen hoher Lohn und baldige Heirat versprochen, aber erstens ist für afrikanische Verhältnisse der Lohn kaum angemessen, geschweige denn hoch zu nennen, und zweitens sind die Mädchen durch den Vertrag so gebunden, daß sie auch bei tüchtigsten Gründen den Dienst nicht mehr verlassen können.

Die Deutsche Kol.-Ztg. unternimmt es nun, in einem Artikel die Entsendung deutscher Frauen und Mädchen nach Südwestafrika zu verteidigen und die Angriffe Vebels juristisch zu widerlegen. Aber es gelangt ihr weder das eine noch das andere. Auf die Vertragsklausel, welche die Abgabe des Dienstverpflichtungsscheins (fast unmöglich macht, geht das Blatt übergründig nicht ein, und betrifft das Monatslohn von 20-30 M. bei freier Station meint das Blatt zunächst, die Mädchen könnten sich den größten Teil dieses Geldes sparen, da sie Kleidung und Bekleidung für zwei Jahre mitnehmen müssen. Als ob die Mädchen Kleider und Bekleidung Einfache gegen sich bekämen! Dann geht aber die D. Kol.-Ztg. selbst zu, daß die meisten Mädchen, welche auf derartige Mädchen rekrutiert, noch nicht in so glänzender Stellung sich befinden, daß sie höhere Löhne zahlen könnten. Die Hauptfrage ist ja auch, daß die Mädchen sich bald verheiraten, so daß ihre Dienstbotenstellung nur ein Übergangszustand sei.

Bugher muß die D. Kol.-Ztg., daß den Mädchen und Frauen keine freie Rückfahrt gewährt wird. Aber, so meint das Blatt, wenn das Mädchen nicht in der Lage ist, selbst die Rückfahrt zu bestreiten, so habe doch die Kolonialgesellschaft und auch der deutsche Gouverneur die moralische Verpflichtung, das einzutreten. Was heißt in diesem Falle „moralische Verpflichtung“? Das ist ein Wort ohne Inhalt. Schon daß sich zwei Stellen in die „moralische Verpflichtung“ teilen sollen, macht sie gegenstandslos. Im Vertrag hat weder der Gouverneur noch die Gesellschaft diese „moralische Verpflichtung“ übernommen, und nur was ein nach Afrika engagiertes Mädchen schwarz auf weiß befragt, kann es getroffen nach Hause tragen.

Die D. Kol.-Ztg. hebt auch hervor, von zehn neuerdings nach Windhof geflohenen deutschen Mädchen hätten sich bereits zwei verlobt. Wem glaubt denn das Blatt mit dieser Notiz Sand in die Augen streuen zu können! Gerade solche Leute, die immer ihren christlichen Charakter betonen, sollten es doch unterlassen, von einem Erfolge zu sprechen, wo nur die wirtschaftliche Not des Mannes und die wirtschaftliche Abhängigkeit des Mädchens zum Schuldigen geführt hat. Was sein, daß selbst bei diesen Voraussetzungen einige erträgliche Geveeruppelungen so hande kommen, aber als Großtat verdient diese Veruppelung doch allerwege nicht bezeichnet zu werden.

Man schließe mit den Mädchen Dienstverträge ab, die dem Geist unserer Zeit entsprechen. Findet sich dann die gegenwärtige Verträge, die zur Heirat nicht ist gut. Der gegenwärtige Vertrag liefert jedoch das Mädchen auf Gnade und Ungnade dem Manne aus — und da drinnen gibt es eine wilde Sorte von Männern — das ist entwürdigend, aber um in patriotischen Jargon zu reden: es entspricht den deutschen Namen.

Deutscher Reichstag.

58. Sitzung vom 18. März 1. Uhr.

Am Bundesratspräsident: von Scherl, Frhr. v. Tziemann.

Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt, zunächst bei den Veränderungen in der Organisation des Reichsgeheeres in Konsequenz der angenommenen Militärvorlage.

Hr. v. Tziemann (kon.) fragt über das Begehren der früheren jungen Leute aus den alten, wodurch diese entlassen der B. für mit Militärdienst versehen wird. Die Militärverwaltung sollte diesem Voratz entgegenwirken, dadurch, daß sie mehr Garnisonen in die kleinen Städte des Ostens lege.

Generalmajor von der Westh. erklärt, die Militärverwaltung komme diesem Wunsch in hohem Maße nach.

Die Herr v. Tziemann erklärt, ebenso die bairischen Quoten und diverse Einrichtungen.

Es folgt die Beratung des Etatsstückes für die Verordnungsabgabe des deutschen Einheitsmaßes im Interesse der Einheit der Verordnungsabgabe, es wird beabsichtigt, dieselbe durch die Gesetzgebung mit einem Satzwort zu gewissen einmaligen Ausgaben.

Herr v. Tziemann (kon.) fragt, ob die Abfassung der Rationen der Reichsbeamten.

Damit schließt die Debatte; der Etatstil wird genehmigt, ebenso die folgenden: Veränderung des Strafgesetzbuches, Veränderung von Beamten der Festungsbauverwaltung, Ueberführung aus früheren Jahren, zum Auslande, für die rick alten Bundesstaaten gemeinsamen Einwohnern, Nationalität, Einbürgerung, außerordentliche Verdammung, Einbürgerung.

Es folgt die zweite Beratung der Vorlage über den Antrag des Abg. v. Schönaich-Carlsfeld betr. Verbilligung der Eisenbahnfahrpreise. Unter großer Anteilnahme des Hauses muß ebenfalls ein Himmelssturz vorgenommen werden.

Der Herr v. Schönaich-Carlsfeld (kon.) erklärt, daß das Haus in dem Beschlusse, den Antrag des Abg. v. Schönaich-Carlsfeld betr. Verbilligung der Eisenbahnfahrpreise, einen Himmelssturz vorgenommen haben.

Schluss der Sitzung 3 1/2 Uhr.

59. Sitzung vom 19. März 1899, 3 1/2 Uhr.

Am Bundesratspräsident: Frhr. v. Tziemann.

Das Antragsgesetz wird in zweiter Lesung nach dem Kommissionsbericht beraten; angenommen, ebenso der Gesetzentwurf wegen Verweisung überführungsweiser Reichseinkommen.

Es folgt der Beschlusseinstellung des Reichstages über den Antrag des Abg. v. Schönaich-Carlsfeld betr. Verbilligung der Eisenbahnfahrpreise. Unter großer Anteilnahme des Hauses muß ebenfalls ein Himmelssturz vorgenommen werden.

Schluss der Sitzung 1 Uhr. (Rechnungsachen; — dritte Beratung des Etats.)

Tagesgeschichte.

Halle, 20. März 1899.

Der Reichstag hielt am Sonnabend zwei nur kurze Sitzungen ab. Der Stein des Anstoßes war der verlangte Rückschlag zum Güter-D. m. a. Auch diesmal mußte ein Himmelssturz stattfinden, und auch diesmal war das Haus beinahe einstimmig.

Erledigt wurden in beiden Sitzungen die Reste des Etats in zweiter Lesung, sowie einige Reichsteilungen, um die sich kein Wort kümmerte. Die einzigen Sprecher des Tages waren eigentlich nur der jeweilige Referent sowie der Präsident, der ausnahmsweise keinem Abgeordneten eine Rede erteilte.

Montag wird der Reichstag die dritte Sitzungsberatung beginnen und vielleicht auch beendigen.

Im preussischen Abgeordnetenhaus herrschte am Sonnabend große Ferientimmung, die sich in lebhaften Privatgesprächen äußerte; so daß die Ausführungen der Redner auf die Journalistenbühne noch mehr als sonst unverständlich waren. — Die dritte Beratung wurde zu Ende geführt. Charakteristisch für den Geist des Hauses war der Wunsch, den der freronteronairne Abg. v. Bülow dem Kultusminister Hoffe am Herz legte. Der fromme Herr will, daß für die preussischen Landtagsboten an den Sonntagen in den Berliner Kirchen Plätze zur Verfügung kommen und dafür wird auch gefordert werden, besonders, wenn der neue Dom fertig ist. Soak war beim Kultusstat zur die Abkündigung über die um 6000 Mark erhöhte Forderung zur Aushebung altatholischer Apologen von Interesse. Diese Erhöhung wurde in namentlicher Abstimmung mit 151 gegen 147 Stimmen abgelehnt. Das Zentrum hat also hier zwar T. o. i. seiner Wähler einen seiner kleinen Erfolge erlangt. — Nach der Erhebung des Etats wurde der Gehaltsentwurf über Schulmagistraten im Ostgebiet der linksseitigen Provinz der Oder in der Provinz Schlesien beraten, der zuerst dem Herrenrathe vorgelegt hatte. Das Herrenhaus hat den Staatspräsidenten auf zwei Drittel bemerkt, Miquel aber will nur ein Drittel hergeben, das zweite sollen die Provinzen, das ist die Gemeinden tragen. Darüber gab es eine lebhaft Debatte, die mit der Vertagung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern endete. Es ist anzunehmen, daß Miquel auch hier seinen Willen durchsetzen wird.

Die Nichtanerkennung des Reichstages soll namentlich auf den Einfluß des Königs Albert von Sachsen zurückzuführen sein, der dem Kaiser nicht haben soll, bei einer Neuwahl würde Sachsen noch mehr Sozialdemokratie in den Reichstag senden. Recht wohl damit König Albert haben, es erst aber gesagt hat, kann noch bezweifelt werden, denn die mit der Auflösung der Reichstages verbundenen Beziehungen zwischen Dresden und Berlin seien die persönlichen Beziehungen zwischen Albert in dem lippeischen Streit nicht dem Schwager Wilhelm II. sondern dem Bismarck selbst das lippeische Staatsgremium zuzurechnen hat.

Große Angst vor der Auflösung des Reichstages haben die Schatzkammer gehabt, so sehr sie das auch jetzt, nachdem der Konflikt gelöst ist, in Archive stellen möchten. Schied doch das Organ des Schatzmachers Stamm, die Post, wütend!

Die Zahl der Wahlkreise und Ortsgemeinden, in denen die Sozialdemokratie bei den Reichswahlen zum Reichstag und zum Reichstag gegen Kaiser und Reich auftritt, steigt mit jeder neuen Wahl. Es würden, wenn jetzt Neuwahlen ausgeschrieben werden würden, zweifellos wieder neue viele Kreise der Bevölkerung in den Saure dieser Situation

Inserionsgebühren
betragt für die gewöhnliche
Beilage oder deren Raum
10 S., für Wohnungs-
Beizeile und Veranlagungen
angehen 10 S.
Im redaktionellen Teile
kostet die Zeile 50 S.
Anfertiger für die fällige
Nummer müssen spätestens bis
mittwochs 1/2 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 7601.

gegogen sehr. Während die bürgerlichen Parteien, deren Zusammenschluss doch die Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung des dem in einem Feindes bildet, sich bei jeder Wahlwähler auf das bestmögliche Zusammenwirken mühen die Sozialdemokratie in der glücklichen Lage des fortius gaudens (jedenfalls) gemein sein und die Stände der Reichstags-Auflösung eingezerrt haben. Mit Rücksicht auf diese Gefahren einer Reichstagsauflösung in dem gegenwärtigen Momente kann man es nur mit einem gewissen Bedauern begrüßen, dass die Sozialdemokratie einer solchen Vermutung ausweichen will. Die Verhinderung der vollen Erhebung der Freiheitsprekäre um einige Zeit ist fürwahr kein so hoher Preis für dieses Ziel.

Deutlicher kann die blasse Furcht nicht zum Ausdruck gelangen. Aber aufgehoben ist nicht aufgehoben. Der Abg. Weber hat richtig bemerkt, als er in seiner Rede, die den Abschluss des Handelsunternehmens, zur Sozialdemokratie geworden, sagte: „Ich weiß, daß Sie die Sache ausrichten werden.“ Allerdings wird sich die Sozialdemokratie erlauben, die Wähler an das blamable Wortmännchen zu erinnern, wenn die Zeit dazu gekommen sein wird.

Beauftragte wurde von der Wahlprüfungskommission des Reichstages die Wahl des zur freiwirtschaftlichen Vereinigung gehörenden Abg. Schuldtreter Ernst, gemischt in Garmisch-Gleichen.

Gegen die Verletzung der Schulpflicht, die von konventioneller Seite im Abgeordnetenhaus angegriffen wurde, um dem Mangel an ländlichen Arbeitkräften abzuhelfen, sowie gegen die Beschränkung des Bezugszinses in den Volksschulen hat der Berliner Lehrerverein entschieden protestiert.

Gegen den Mittelkanal, der von Magdeburg aus die Elbe mit Weier, Ess und Rhein verbinden soll, laufen die Agrarier Sturm, weil dann angeblich West- und Mitteldeutschland mit fremdem Getreide „überflutet“ werden würde. Die Ernährung des Volkes ist den notleidenden Futtermitteln, wenn nur ihr Profit nicht so kurz kommt.

Prinz Heinrich und seine Gemahlin haben nunmehr in Folge des Gouverneurs zu Kaulbach Wohnung genommen.

Haussuchungen nach politischen Schriften, Kalendern und Büchern haben in jüngster Zeit in den Vereinslokalen polnischer Vereine in Westfalen und Westdeutschland stattgefunden. Auch die Brauereibetriebe der Vorländer, Schriftführer und Bibliothekare dieser Vereine wurden nicht verschont. Beschlagnahmt wurden Schriften, die durch den Buchhandel bereits bezogen worden können.

Vom Bombenschwindel in Alexandria ist nun gar nicht mehr übrig geblieben, als die schändliche Polizeimache. Selbst der Hamburger Korrespondent, ein halbpolitisches Blatt, schreibt, man könne sich der Thatsache freuen, daß das Ganze eine nichts ausgiebige Erfahrung italienischer Polizeireute ist. Freilich ist es eine sehr unangenehme Erfahrung, so gründlich bereinigt zu sein. Jedenfalls dürfte sich die Zahl der Leute wesentlich vermehrt haben, die in Zukunft allen Meldungen dieser Art den Glauben prinzipiell verweigern und eine Polizeimache dahinter suchen. Wir gehören fortan auch dazu. — Wenn schon ein halbpolitisches Blatt so schreibt, dann muß sich der Schwindel gar nicht mehr verunsichern lassen. Und nun überlege man sich, wie im vorigen Herbst die reaktionäre Presse das schändliche Mientant in allen Einzelheiten zu sich übernahm, wie sie jeden Zweifel an der Wahrheit der Erzählungen als Hochverrat brandmarkte, und wie sie durchsichtig darauf spielte, daß der Plan wohl von den deutschen Sozialdemokraten ausgegangen sein werde. Alles ist nun als erbärmlichste Wache entlarvt. Nur die eine Frage ist noch ungeklärt und wird leider wohl ungeklärt bleiben, nämlich die Frage: Ist der Plan, die Welt durch ein Polizeiatentat an den deutschen Kaiser gruselig zu machen, von italienischen Polizeischützen ausgegangen oder von — anderen?

Fofadowsky und die kaiserlichen Gesandten. Die Kommission des Reichstages für die Sozialdemokratischen Forderungen des Reichstages hat sich mit der Frage der Rentenstellen. In ihrer letzten Sitzung wandte sich der tonterabeste Freiherr von Rüdowen mit großer Heftigkeit über die ganze Einrichtung der Rentenstellen, die er eine sozialistische Wagnisregal nannte, welche den Arbeitern eine neue Gelegenheit gebe, zu wählen und gewählt zu werden und zur Stärkung der Sozialdemokratie führen müßte. Auf diese Rede wurde, die eines echten Konservativen würdig ist, antwortete der Staatssekretär Graf Fofadowsky:

Die preussische Regierung ist einmütig für die Rentenstellen. Wenn man sich auf den Standpunkt des Reichstages stellt, kann man sich nur den Gedanken der kaiserlichen Kommission erinnern. Denn dann dürfte man die Arbeiter auch nicht als Rentenzustandsmänner und Schicksalsbedingten hinzunehmen, wie dies jetzt der Fall ist. Ist geben sie einzeln und schriftlich die Nachrichten ab. Bei der Rentenstellen würden sie gemeinsam unter dem Vorwand und der Anwesenheit eines kaiserlichen Beamten ihre Einreden ab-

